

(A)

(C)

**Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**

Tagesordnungspunkt 26:

Beratung des Antrags der Abgeordneten Claudia Roth (Augsburg), Dr. Frithjof Schmidt, Manuel Sarrazin, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei wiederbeleben**

– Drucksache 17/5042 –

Überweisungsvorschlag:  
 Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union (f)  
 Auswärtiger Ausschuss  
 Innenausschuss  
 Ausschuss für Wirtschaft und Technologie  
 Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe

(B)

Ihre **Reden zu Protokoll** gegeben haben bereits die Kolleginnen und Kollegen Bareiß, Karl, Nietan, Vogel (Lüdenscheid), Hunko und Roth (Augsburg). (D)

**Thomas Bareiß (CDU/CSU):**

*Gegenstand der heutigen Debatte ist die Wiederbelebung der Verhandlungen mit der Türkei zum Beitritt in die Europäische Union. Im Oktober 2005 wurden unter der damaligen rot-grünen Bundesregierung Beitrittsverhandlungen aufgenommen. Die CDU/CSU hat sich von Anfang an skeptisch gegenüber einer Vollmitgliedschaft der Türkei geäußert und mit der privilegierten Partnerschaft ein Gegenkonzept vorgestellt, das der großen Bedeutung einer engen Beziehung angemessen ist und für beide Seiten große Vorteile bietet. Wir haben uns aber auch dazu bekannt, dass beschlossene Verträge gelten und die Beitrittsverhandlungen weitergehen. Ich sage ganz klar: Ob die Beitrittsverhandlungen wiederbelebt werden, liegt ganz allein in der Hand der Türkei, die entscheiden muss, ob sie Reformen will oder nicht. Ich glaube, sie will sie nicht. Auch nach dem Beginn der Beitrittsverhandlungen sind die Grundsätze des Konzepts der privilegierten Partnerschaft angesichts des offenen gestalteten Verhandlungsprozesses, der ausdrücklich keine EU-Mitgliedschaft am Ende garantiert, aktuell.*

*Ich möchte an dieser Stelle klarstellen, dass die Türkei ein enorm wichtiger Partner für die Europäische Union ist und unser Land ein besonderes Interesse an einer Vertiefung der gegenseitigen Beziehungen zur Türkei hat. Lassen Sie mich dazu zunächst einige Ausfüh-*

Thomas Bareiß

- (A) *rungen machen, ehe ich anschließend auf die inner-türkischen Probleme eingehe.*

Zunächst einmal ist die Türkei ein wichtiger Handelspartner und Investitionsstandort, gehört sie doch mit einem Bruttoinlandsprodukt von 729 Milliarden US-Dollar im Jahr 2010 zu den 20 größten Volkswirtschaften der Welt. Die Türkei ist mit ihren 71 Millionen Einwohnern ein wichtiger Handelspartner für Europa und vor allem auch für Deutschland. So war die Bundesrepublik mit einem Anteil von rund 10 Prozent an den gesamten türkischen Wareneinfuhren im Jahr 2009 zweitgrößter Lieferant der Türkei. Eine enge wirtschaftliche Kooperation bietet für beide Seiten große Vorteile. Die Türkei mit ihrer sehr jungen Bevölkerung besitzt somit ein hohes wirtschaftliches Potenzial.

Darüber hinaus ist die Türkei durch ihre geografische Lage gleichsam eine Energiedrehscheibe – ein wichtiges Bindeglied zwischen den Märkten Europas und den Erdöl und Erdgas exportierenden Ländern des Nahen und Mittleren Ostens sowie der Region um das Kaspische Meer. Für die Energieversorgung Europas spielt die Türkei damit eine immer wichtigere Rolle. Ein Beispiel ist die Nabucco-Gasleitung, die Westeuropa unabhängiger von Russland machen soll.

Vor allem aber – und das betrifft die Außen- und Sicherheitspolitik – ist die Türkei ein wichtiges Nato-Mitglied, nicht nur aufgrund der Tatsache, dass sie die zweitgrößte Armee des Bündnisses besitzt. Durch die Nähe zum arabischen Raum stellt sich die Türkei als ein wichtiger Partner in geostrategischer Hinsicht dar: Die Türkei grenzt an Georgien, Armenien, Aserbaidschan, Iran, Irak und Syrien. Damit ist die Türkei für uns ein wichtiger vermittelnder Brückenstaat zu diesen Ländern, gerade was die dortigen Krisenherde betrifft und gerade angesichts der aktuellen politischen Umwälzungen in Nordafrika und im Nahen Osten. Die Türkei mit ihrer Staatsform und ihrer außenpolitischen Ausrichtung ist als starke Mittelmacht in der Region somit eine wichtige Brücke zum Nahen Osten und zur islamischen Welt.

Auf dem Europäischen Rat im Juni 1993 in Kopenhagen wurden die Bedingungen für einen Beitritt beschlossen, nämlich Kriterien, die potenzielle Beitrittsländer zur Europäischen Union erfüllen müssen. Der Acquis umfasst die wirtschaftlichen Voraussetzungen, die politischen Beitrittsvoraussetzungen, institutionelle Stabilität, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Wahrung der Menschenrechte und den Schutz von Minderheiten.

Nun zum Stand der Reformen. Bei allen oben genannten Kriterien ist die Türkei in den letzten Jahren nicht viel vorangekommen. Sie hat sich vielmehr, gemessen an den oben genannten Werten, bei einigen Punkten von Europa entfernt. Leider hat der Fortschrittsbericht der EU-Kommission vom Oktober 2010 gezeigt, dass die Türkei in den letzten Jahren bedauerlicherweise sehr wenig Reformfortschritte gemacht hat. In der Türkei herrschen nach wie vor enorme Defizite bei zentralen Demokratie-Beitrittskriterien. Dazu gehören unter anderem der Schutz von Minderheiten, Frauenrechte, Meinungsfreiheit und Pressefreiheit. Die stagnierenden Re-

formentwicklungen machen mir große Sorge. Jüngste Verhaftungen von Journalisten wegen angeblicher Mitgliedschaft in terroristischen Netzwerken, eine Welle von Klagen und Ermittlungen gegen Karikaturisten, Reporter und Kolumnisten wegen Verleumdung und antistaatlicher Propaganda, exorbitante Steuerstrafen gegen regierungskritische Medienunternehmen sowie medienkritische Äußerungen von Politikern geben Anlass dazu. Bis die Türkei diese Grundwerte westlicher Demokratien nicht nur auf dem Papier verabschiedet hat, sondern die Gerichte und die Menschen diese Prinzipien auch verinnerlicht haben, wird wohl noch eine lange Zeit vergehen.

Dass zurzeit keine weiteren Kapitel in den Beitrittsverhandlungen eröffnet werden, liegt an der unnachgiebigen Haltung der türkischen Regierung in der Zypern-Frage. Die Türkei verstößt in der Zypern-Frage gegen Völkerrecht, indem es den Norden besetzt hält und sich einer Einigung Zyperns nach wie vor entgegenstellt. Die Türkei ist gemäß Ankara-Protokoll verpflichtet, die Zollunion mit der EU auf alle Mitgliedstaaten anzuwenden, und das heißt, türkische Häfen und Flughäfen für zypriotische Waren zu öffnen. Unsere Bundeskanzlerin hat in vielen Gesprächen mit der Türkei und mit Zypern dieses Problem klar angesprochen und betont, dass sich beide Seiten bewegen müssen und dass die Bundesregierung bereit ist, bei der Überwindung der Probleme Hilfestellung zu geben. Daher verstehe ich den Vorwurf der Untätigkeit der Grünen gegenüber der Bundesregierung nicht. Ebenfalls hat die Bundesregierung immer betont, dass die Verhandlungen ergebnisoffen geführt werden.

Wenn Ministerpräsident Erdogan die Türkei als Schutzmacht für die in Deutschland und Libyen lebenden Türken bezeichnet, dann ist das schlichtweg ein nicht hinnehmbarer Vergleich. Solche Vergleiche und solche Reden von Ministerpräsident Erdogan sind sicher nicht förderlich, um zu zeigen, dass sich die Türkei der Europäischen Union annähert. Und seine Aussage in Düsseldorf, dass die in Deutschland lebenden Kinder mit türkischen Eltern zuerst türkisch lernen sollen, zeigt, dass die Türkei noch weit weg vom gemeinsamen europäischen Verständnis ist.

Zu begrüßen sind die Fortschritte, die durch das Verfassungsreferendum in der Türkei im September letzten Jahres erreicht werden konnten. Die Reform des Justizwesens ist ein Schritt in die richtige Richtung. Zu begrüßen ist auch, dass sich die Türkei mit Armenien darauf geeinigt hat, diplomatische Beziehungen aufzunehmen. Dies war sicher kein einfacher Schritt nach fast hundert Jahren Lügen und Leugnen des Massenmordes an den Armeniern.

Nun zur Lage der Christen in der Türkei. Nicht hinnehmbar ist für mich, dass in der Türkei das Recht auf freie Religionsausübung als einer der Grundpfeiler unserer Werteordnung nicht gewährleistet ist. Das christliche Leben wird dort weiterhin stark eingeschränkt. Es ist den christlichen Minderheiten in der Türkei nicht gestattet, ihren Nachwuchs an Geistlichen auszubilden oder Unterricht in den Sprachen der Minderheiten zu erteilen; sie dürfen keine Kirchen errichten und ihren

**Thomas Bareiß**

- (A) *Glauben nicht frei praktizieren. Ein weiterer großer Rückschlag ist auch das Urteil in Bezug auf das Kloster Mor Gabriel. Mor Gabriel ist eines der ältesten Klöster der Christenheit und soll nun nach Meinung des obersten Gerichtshofes in Ankara zugunsten des Schatzamtes Midyat enteignet werden. Die Kläger wurden von der regierenden AKP-Partei massiv unterstützt.*

*Es muss ein deutliches Signal aus Deutschland, aber auch aus Europa, in die Türkei gesandt werden, dass das Menschenrecht der Religionsfreiheit auch in der Türkei uneingeschränkte Geltung bekommen muss. Ich bin unserem Bundespräsidenten Christian Wulff sehr dankbar, dass er in seiner vielbeachteten Rede vor dem türkischen Parlament besonders unterstrichen hat, dass die Religionsfreiheit für unsere europäische und deutsche Wertegemeinschaft unabdingbar ist. Zu Recht wies er mit seiner Mahnung, Religionsfreiheit auch für Christen möglich zu machen, auf die herrschenden Missstände in Bezug auf die Religionsfreiheit hin. So wie die Muslime in Deutschland ihre Religion ohne jegliche Einschränkungen praktizieren und leben können, muss Gleiches auch für die in der Türkei lebenden Christen gelten. Wie Volker Kauder bin ich der Auffassung, die Einhaltung der Religionsfreiheit zur Voraussetzung für die Öffnung neuer Kapitel zu machen.*

*Am 12. Juni 2011 finden in der Türkei die Wahlen zum türkischen Parlament statt. Die neue türkische Regierung wird vor einer Reihe wichtiger Aufgaben und Herausforderungen stehen. Ein vorrangiges Ziel auf der politischen Agenda wird die Erarbeitung und Verabschiedung einer neuen Verfassung sein. Im weiteren Entwicklungsprozess hat die Türkei die Möglichkeit, ihre rechtsstaatlichen Probleme und Demokratiedefizite zu lösen sowie die Rolle der Religion in Politik und Gesellschaft neu zu definieren.*

*Wir unterstützen aus Überzeugung den Reformprozess, bei dem sich die Türkei an europäischen Werte-, Wirtschafts- und Rechtsstandards orientiert. Die Türkei ist ein wichtiger Partner Deutschlands und der Europäischen Union in der Region. Die CDU/CSU setzt auf eine starke Türkei an der Seite Europas. Aber als vollwertiges EU-Mitglied sehen wir die Türkei nicht und setzen weiterhin auf das Konzept der privilegierten Partnerschaft.*

**Alois Karl (CDU/CSU):**

*Wenn wir uns heute mit dem Antrag der Grünen befassen, die EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei wiederzubeleben, so mutet dies wie eine Pflichtübung an. In periodischen Abständen wird aus dem Lager der Opposition der Vorschlag geradezu gebetsmühlenartig wiederholt, das Tempo der Türkei in Richtung Europa zu forcieren. Bedauerlicherweise geht das Petitum bei diesem Antrag – wie bei manch anderen gleichgerichteten Überlegungen – immer in die Richtung der Europäischen Union, der europäischen Einrichtungen. Immer wird subtil unterstellt, dass „Europa“, dass die „europäischen Einrichtungen und Institutionen“ eine gewisse Bringschuld an Aktivitäten nunmehr zu leisten hätten, dass es an der Zeit wäre, dass die Europäische Union*

*nun endlich „ihre Hausaufgaben macht“, nun endlich ihre Verpflichtungen gegenüber der Türkei einhält, um der Türkei den Weg in die Europäische Union zu ebnet.* (C)

*Bei Licht betrachtet sehen die Dinge jedoch ganz anders aus. Nicht die Europäische Union hat eine Bringschuld gegenüber der Türkei, vielmehr ist es gerade umgekehrt. Um in eine bestehende Gemeinschaft aufgenommen zu werden, sind die Grundsätze der Gemeinschaft zu akzeptieren, sind deren Grundlagen zu akzeptieren. Es wäre ja geradezu schizophoren, wenn jemand, der sich einer Gemeinschaft anschließen möchte, darauf pochen und bauen könnte, dass die festgefügte Organisation sich deshalb verändert, weil das neue Mitglied, das um Aufnahme ersucht, in wesentlichen Teilen zu der bestehenden Gemeinschaft nicht passt. Das wäre ja genau so, als wenn jemand in einen Verein aufgenommen werden möchte, aber als Nicht-Mitglied vom Verein verlangt, dass dieser schon einmal – quasi vorab – seinen Vereinszweck ändert, um den Verein passend für ihn zu machen.*

*Wer solch einem Gedankengang nachhängt, liegt doch völlig verkehrt, gerade andersherum wird ein Schuh aus der Sache. Derjenige, der einer Gemeinschaft beitreten will, muss von sich aus zu der Gemeinschaft passen; hierbei sehe ich gerade nicht zu überwindende Schwierigkeiten. Die Aufnahmewünsche der Türkei in die EU sollten aus verschiedener Sichtweise, auch aus historischer Sicht, beleuchtet werden. Wir müssen mindestens bis in das Jahr 1957 zurückblicken, als die Staatsmänner Europas in Rom die Verträge, die „Römischen Verträge“, geschlossen haben, um eine Europäische Wirtschaftsgemeinschaft zu begründen. Schon Jahre vorher, durch eine gemeinsam ausgerichtete Politik bei Kohle und Stahl, zusammengekommen, wurde 1957 in Rom manifestiert und fortgeschrieben, dass man sich künftig in Europa auf eine gemeinschaftliche Wirtschaftspolitik einigen wollte.* (D)

*Aus früheren Feinden wurden über wirtschaftliche Interessen politische Freunde. Die nunmehr von Zäunen und Schlagbäumen befreiten westeuropäischen Länder, die sechs Kernländer Europas, konnten sich ohne außenwirtschaftliche Schranken hervorragend entwickeln und haben eine noch nie dagewesene wirtschaftliche Prosperität in den letzten fünf Jahrzehnten gesehen. Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft hat sich zur Europäischen Gemeinschaft und dann zur Europäischen Union entwickelt. 27 Länder Europas sind es mittlerweile, die weit über die wirtschaftlichen Interessen hinaus eine gemeinschaftliche europäische Politik auf vielen Feldern wollen.*

*Nach den Erweiterungen der EU ist das „politische Europa“ groß geworden, es hat frühere trennende regionale Grenzen aufgehoben. Durch die deutliche Erweiterung Europas nach Süden, nach Norden und nach Osten ist Europa allerdings auch auf regionale Grenzen gestoßen. Heute gilt es, das groß gewordene Europa zu konsolidieren.*

*Grenzen sind aber nicht nur regional zu definieren. Die Gemeinschaft darf nicht an der Oberfläche dümpeln. Europa muss gerade an Tiefgang gewinnen, um die über Jahrzehnte hin gewachsenen Grundlagen des poli-*

Alois Karl

- (A) *tischen Europas überall zu implementieren und nicht zu verwässern. Neben den regionalen Grenzen gibt es auch noch ganz andere Grenzen, geistige Grenzen zum Beispiel, die die Identität Europas bedeuten. Es gibt die kulturelle Identität, es gibt die weltanschauliche Identität und es gibt die historische Identität Europas.*

*Durch die jetzigen 27 Mitgliedstaaten Europas können im Wesentlichen diese kulturellen, weltanschaulichen und historischen Identitäten subsumiert werden – auch wenn der Beitritt Rumäniens und Bulgariens mit gewissen Schwierigkeiten versehen war. Es bleibt jedoch festzustellen, dass sich die frühere Wirtschaftsgemeinschaft hervorragend entwickelt hat zu einer Gemeinschaft, die nach außen hin mit einer gleichmäßig ausgerichteten Außen- und Sicherheitspolitik aufwartet und die ihre gemeinschaftliche Zukunft in einer gleichgerichteten Wirtschafts- und Währungspolitik sucht.*

*Die Einführung des Euro war ein außerordentlich wichtiger und markanter Punkt in der gemeinschaftlichen Politik in Europa. Das gemeinsame Geld hat die gemeinsamen Wurzeln Europas, hergeleitet aus ihrer Tradition und aus ihrer Kultur, ganz deutlich manifestiert. An diesen Entwicklungen in Europa bis zurück ins Mittelalter hat die Türkei keinen Anteil gehabt. Die kulturellen, die geistigen und die historischen Wurzeln Europas sind nicht die gleichen wie die der Türkei. Wenn die Türkei also Aufnahme in die Europäische Gemeinschaft sucht, dann kann man sich nicht auf eine aus gemeinschaftlichen Wurzeln herrührende Tradition berufen.*

- (B) *Die Interessen der Türkei liegen heute auf wirtschaftlichem Gebiet. Die gewünschten Beitrittsverhandlungen mit der Türkei sind Verhandlungen, um der Türkei wirtschaftliche Vorteile zu bringen. Dies ist nichts Schlechtes, und Verhandlungen werden seit Jahrzehnten betrieben. Von den wirtschaftlichen Interessen zu unterscheiden sind aber eben die tiefer gehenden Überlegungen; die Frage lässt sich darauf reduzieren: Ist die Türkei ein europäisches Land, das in die EU aufgenommen werden kann, oder nicht? Die augenblicklichen Diskussionen sind daher manchmal etwas peripher.*

*Gewiss hat die Türkei augenblicklich nicht die Reife, die man sich von einem rechtsstaatlichen, demokratisch verfassten Land vorstellt. Verstöße gegen die Meinungsfreiheit sind evident. Erst vor wenigen Wochen wurden Journalisten in der Türkei festgenommen wegen angeblicher Mitgliedschaft in einer Organisation Ergenekon, die sich gegen Ministerpräsident Erdoğan wendet.*

*Die Religionsfreiheit ist in der Türkei in großen Teilen nicht gegeben. Noch immer können Kirchen und christliche Glaubensgemeinschaften kein Eigentum erwerben, noch immer ist die Ausbildung für Priester und Ordensleute in der Türkei nicht möglich. Die Enteignungen beim 1 600 Jahre alten Kloster Mor Gabriel sind ein unglaubliches Zeugnis dafür, dass die Religionsfreiheit, insbesondere die Religionsfreiheit der Christen, in der Türkei geradezu mit Füßen getreten wird. Auf dem Christenverfolgungsindex 2011 rangiert die Türkei auf Platz 30, noch vor Weißrussland und dem Sudan.*

- (C) *Die Türkei kommt auch bei der Zypern-Politik, was die Fortschrittsberichte der EU anbelangt, außerordentlich schlecht weg. Auch dadurch gibt die Türkei zu erkennen, dass sie sich an internationales Recht und an international übliche Vorgehensweisen nicht halten möchte.*

*Diese Dinge mögen überwindbar sein. Anstelle der geknebelten Presse könnte nach einem langen Prozess durchaus auch Pressefreiheit treten, Christen und andere Religionsgemeinschaften könnten längst mit ähnlichen Rechten ausgestattet sein wie die vorherrschende Religion im Lande, der Islam. All dies erwarten wir seit langem schon gerade auch deswegen, weil uns die Türkei als Nachbar nahesteht. All dies würde aber nicht das Grundsätzliche entkräften, nämlich, dass die Türkei kein europäisches Land ist. Ein Land, das zu mehr als 90 Prozent in Asien liegt, kann durch keinerlei rhetorische Volte zu einem europäischen gemacht werden.*

*Um einen ehrlichen Umgang mit der Türkei zu pflegen, ist es an der Zeit, der Türkei zu sagen, dass das türkische Interesse an einer besser koordinierten Wirtschaftspolitik durchaus respektiert und protegert werden kann, dass wir aber nicht in eine europäische Wirtschaftsgemeinschaft zurückfallen wollen.*

- (D) *Die Lösung, die die Bundeskanzlerin Angela Merkel auch in der Türkei sehr offen vertreten hat, ist daher richtig. Die Türkei kann mit einer privilegierten Partnerschaft all die wirtschaftlichen Überlegungen treffen, die sie sich in Bezug auf die EU vorstellt. Eine privilegierte Partnerschaft ist nichts Ehrenrühriertes, ein Beitritt in die EU ist das allerdings auch nicht. Die Ehrlichkeit gebietet es auch, den Türken zu sagen, was möglich ist und was nicht – und ein Beitritt ist nicht möglich. Wenn ein Beitritt also nicht möglich ist, sind auch Beitrittsverhandlungen nur Hinhaltetaktiken. Dies ist nicht seriös. Beitrittsverhandlungen, wie von den Grünen jetzt gefordert, wiederzubeleben, bedeutet nichts anderes, als diese Hinhaltetaktiken fortzusetzen. Damit ist der Türkei jedoch nicht gedient; dafür stehen wir auch nicht zur Verfügung.*

#### **Dietmar Nietan (SPD):**

*Vor zwei Tagen fand ich eine Postkarte der rechtspopulistischen Partei „Pro Deutschland“ im Briefkasten meiner Berliner Wohnung. „Wir wollen die Türkei nicht in der EU!“ lautet die Überschrift dieser Hetzschrift, in der die Bürger gebeten werden, sich an einer Petition an den Bundestag zu beteiligen, in der wir Abgeordnete aufgefordert werden, „in allen zuständigen Gremien gegen den geplanten Beitritt der Türkei zur EU zu stimmen.“*

*Es scheint, als sei die Frage eines möglichen Beitritts der Türkei zur EU wie keine andere geeignet, die Ängste der Menschen in unserem Land zu mobilisieren. Doch geht es hier nicht etwa um die Ängste vor einem Kollaps der EU durch Überdehnung. Es dreht sich immer wieder um die eine große Angst: die Angst vor dem Islam.*

*Auch ich als Befürworter eines Beitritts der Türkei zur EU muss einräumen, dass es nicht nur gute Argu-*

Dietmar Nietan

- (A) *mente für einen Beitritt, sondern auch ernstzunehmende Argumente gegen einen Beitritt gibt. Dass die Türkei ein muslimisch geprägtes Land ist, ist allerdings in keiner Weise ein ernsthaftes Argument gegen einen EU-Beitritt.*

*Die Europäische Union versteht sich ausdrücklich als eine Gemeinschaft, die sich den säkularen Werten von Demokratie, Menschenrechten, Pluralität und sozialer Marktwirtschaft verpflichtet fühlt. Wir sind kein christlicher Klub. Und ich als gläubiger Christ sage ausdrücklich: Das ist auch gut so.*

*Wer sich allerdings anschaut, mit welcher Inbrunst manche Vertreter von CDU und CSU sich gegen eine mögliche EU-Mitgliedschaft der Türkei wenden, der muss feststellen, dass diese Kräfte ebenfalls mehr von einer dumpfen Islamophobie getrieben sind als von einer sachlichen Abwägung der Vor- und Nachteile eines möglichen Beitritts der Türkei zur EU. Das mag vielleicht allzu menschlich sein, aber es zeugt nicht von politischer Reife.*

*Es ist wirklich erschreckend, dass die massive Ablehnung der Türkei von weiten Teilen der Konservativen in unserem Land auf einer zutiefst vorurteilsbeladenen und oft ganz und gar falschen Sicht auf die Türkei fußt, die mit den heutigen Realitäten oft nichts mehr zu tun hat.*

*Wer sich auf eine rationale, nicht von Ängsten gesteuerte Abwägung der Argumente für einen Beitritt der Türkei einlässt, wird ihm durchaus einiges abgewinnen können.*

- (B) *Zuerst einmal sollte man sich in Erinnerung rufen, dass die Türkei ja erst der EU beitreten kann, wenn sie den gesamten Rechtsrahmen der EU in ihrer Gesellschaft umgesetzt hat. Die Türkei müsste in den Fragen von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Bürgerrechten, Religionsfreiheit, Achtung von Eigentumsrechten, Minderheitenschutz, Justiz, Wirtschaftsverfassung und vielem mehr so sein wie die anderen EU-Mitgliedstaaten, und dies nicht nur auf dem Papier, sondern in der gesamtgesellschaftlichen Realität. Dass die Türkei heute diese Standards noch nicht erfüllt, wird selbst von den enthusiastischsten Beitrittsbefürwortern nicht bestritten.*

*Und natürlich ist es in keiner Weise hinnehmbar, dass unter dem Vorwand der sogenannten Ergenekon-Ermittlungen in den letzten Jahren immer mehr Journalisten in der Türkei ohne Beweise inhaftiert worden sind. Die jüngsten Verhaftungen der beiden verdienten Journalisten Ahmet Sik und Nedim Sener lassen vermuten, dass der Fall Ergenekon von den jetzt in der Türkei Regierenden dazu genutzt wird, kritische Journalisten mundtot zu machen. Dieser Angriff auf die Pressefreiheit stellt ganz eindeutig einen Rückschritt auf dem Weg der Türkei in die EU dar.*

*Doch jeder, der zu Recht die Verletzung von Minderheitenrechten, Pressefreiheit und anderen Bürgerrechten in der Türkei kritisiert, müsste doch eigentlich ein großes Interesse an Fortschritten der Türkei im EU-Beitrittsprozess haben.*

*Und in der Tat kann man feststellen, dass seit 1999, als der Europäische Rat von Helsinki der Türkei den*

- Status eines Beitrittskandidaten gab, die Türkei im Zuge des Beitrittsprozesses auf den Gebieten von Rechtsstaatlichkeit bis Demokratisierung größere Fortschritte gemacht hat als in all den Jahrzehnten davor.* (C)

*Die Türkei gilt als eine der dynamischsten Volkswirtschaften mit hervorragenden Entwicklungsprognosen. Sie ist eine junge Gesellschaft mit vielen gut ausgebildeten Menschen. Aus wirtschaftlichen Gründen wandern mittlerweile mehr Menschen von Deutschland in die Türkei ein als umgekehrt. Das sollte uns zu denken geben. Aus all dem wird schnell klar: Die Türkei wäre eher eine große Chance als eine Belastung für den EU-Binnenmarkt. Dies käme unserem Land als „Exportweltmeister“ sicherlich besonders zugute. Schon jetzt liegen wir bei Importen und Exporten auf Platz eins als der wichtigste Handelspartner der Türkei. Und trotzdem gleicht der Versuch, ein Visum für Deutschland zu erhalten, für türkische Geschäftsleute eher einem Himmelfahrtskommando.*

*Für die politischen und wirtschaftlichen Eliten der Türkei war seit der Staatsgründung der modernen „postosmanischen“ Türkei Europa immer das große Ziel. Die neue Türkei sollte eine moderne Republik sein, den Werten der Aufklärung und Moderne verpflichtet und den Blick auf Europa gerichtet.*

- Vor fast einem halben Jahrhundert haben wir Europäer der Türkei mit dem 1963 geschlossenen Assoziierungsabkommen bereits ein klares Signal gegeben, welches lautete: Wenn ihr Türken es ernst meint mit dem Weg nach Europa und euer Land entsprechend reformiert, dann steht euch die Tür nach Europa weit offen.* (D)

*Allerdings muss die Türkei sich auch darauf verlassen können, dass man es mit diesem Versprechen auch heute noch ernst meint. Doch aus innenpolitischen Gründen sind es insbesondere Präsident Sarkozy und Bundeskanzlerin Merkel, die alle Beschlüsse und Versprechen der EU hinsichtlich einer fairen Chance auf einen Beitritt gegenüber der Türkei unterlaufen. Während der französische Präsident aus seiner Ablehnung des Beitritts keinen Hehl macht, laviert – wie so oft – die Bundeskanzlerin in dieser Frage herum. Angesichts der derzeitigen Schwierigkeiten im Beitrittsprozess reicht die demonstrative Passivität von Frau Merkel schon aus, um klar zu machen, dass die derzeitige Bundesregierung nicht mehr an der Seite der Türkei steht.*

*Die Folgen sind verheerend: Gerade die Menschen, die in der Türkei mutig für mehr Demokratie und Rechtsstaatlichkeit eintreten, fühlen sich von der jetzigen Bundesregierung im Stich gelassen. Für diese Menschen war die Beitrittsperspektive immer die entscheidende Unterstützung in ihrem Kampf für die Menschenrechte.*

*Doch auch immer mehr Teile der politischen und wirtschaftlichen Eliten der Türkei wenden sich frustriert von Europa ab. Jetzt, wo endlich die Reformen in Gang kommen, die die Europäer als Bedingung für den Eintritt gefordert haben, schlägt man ihnen die Tür vor der Nase zu. Wer aber den politischen Eliten in der Türkei die europäische Perspektive verweigert, zwingt diese geradezu dazu, sich neue Perspektiven zu suchen. Hier*

**Dietmar Nietan**

- (A) *bieten sich dann leider insbesondere der Nationalismus und der Islamismus an. Das kann nicht in unserem Interesse sein. Besonders scheinheilig ist es dann auch noch, wenn sich die Konservativen in Europa, die der Türkei seit Jahren die kalte Schulter zeigen, jetzt lauthals darüber beschweren, dass die Türkei sich vom Westen abwende.*

*Die Türkei spielt eine herausragende Rolle in der Region. Ihre geostrategische Lage ist von größter Bedeutung. Nahost-Konflikt, Schwarzmeer-Kooperation, Erschließung der Energiereserven im Kaspischen Raum, Irak, Iran, Versöhnung des Orient mit dem Okzident oder auch die Energiesicherheit – es gibt an der europäischen Peripherie kaum eine Frage von Belang, bei der die Türkei nicht eine entscheidende Rolle spielt.*

*Wie sehr würde es gerade uns Deutschen, aber auch der EU insgesamt zum Vorteil gereichen, wenn wir in all diesen Fragen die Türkei als Freund und Partner an unserer Seite hätten. Vielleicht muss man es einmal so deutlich sagen: Es scheint so, als haben all die konservativen Kräfte in Europa in ihrer teilweise schon obsessiven Anti-Türkei-Agitation völlig aus den Augen verloren, dass wir die Türkei am Ende möglicherweise mehr brauchen als diese uns.*

*Niemand will der Türkei einen Rabatt im Beitrittsprozess einräumen. Niemand geht von einem Beitrittsautomatismus aus. Niemand bestreitet die immer noch vorhandenen Defizite in puncto Rechtsstaatlichkeit, Pressefreiheit und Minderheitenrechte in der Türkei.*

(B) *Niemand behauptet, dass die Türkei schon morgen Mitglied der EU werden könnte. Niemand glaubt, dass ein Beitritt der Türkei in die EU ein Kinderspiel sei. Niemand bestreitet, dass die EU selbst dringend weiterer Reformen bedarf, um ihre eigene Aufnahme-fähigkeit zu stärken.*

*Doch gerade angesichts der dramatischen Ereignisse in unserer unmittelbaren Nachbarschaft rund um das Mittelmeer brauchen wir jetzt eine EU, die sich nicht abkapselt und sich in Ängsten ergeht, sondern mit Mut und Zuversicht ihrer Rolle als ein gutes Beispiel für politische Weitsicht und beherztes Eintreten für die Werte von Demokratie und Menschenrechten gerecht wird.*

*Dem Beitrittsprozess mit der Türkei jetzt neue Impulse zu geben und somit zu dem Versprechen zu stehen, das wir der Türkei 1963 gegeben haben, das wäre eine wirklich weitsichtige Politik. Aber noch wichtiger wäre dabei das Signal, welches wir den Menschen innerhalb und außerhalb der EU geben würden: dass wir selbst nämlich immer noch an die Kraft unserer eigenen europäischen Ideen glauben.*

**Johannes Vogel (Lüdenscheid) (FDP):**

*Heute überraschen uns die Grünen ausnahmsweise einmal mit Regierungskritik im Gewand der EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei. Dazu möchte ich Ihnen noch einmal die Koalitionsvereinbarung zwischen Union und FDP in Erinnerung rufen. Dort heißt es: „Deutschland hat ein besonderes Interesse an einer Vertiefung der gegenseitigen Beziehungen zur Türkei und*

*an einer Anbindung des Landes an die Europäische Union. Die 2005 mit dem Ziel des Beitritts aufgenommenen Verhandlungen sind ein Prozess mit offenem Ende, der keinen Automatismus begründet und dessen Ausgang sich nicht im Vorhinein garantieren lässt.“* (C)

*Die Kollegen und Kolleginnen von Bündnis 90/Die Grünen sehen also, die Koalition hat das Thema auf der Agenda. Und es ist eine Selbstverständlichkeit, bestehende Verträge und Vereinbarungen einzuhalten. Da machen wir im Fall der Türkei keine Ausnahmen. Warum sollten wir auch?*

*Die FDP-Bundestagsfraktion ist der Auffassung, dass der EU-Beitritt der Türkei grundsätzlich absolut unterstützenswert ist. Wenn die Türkei beitriffähig und die Europäische Union aufnahmefähig ist, dann wäre eine Vollmitgliedschaft die beste Form unserer Zusammenarbeit. Die Verhandlungen sind ergebnisoffen, und es gibt keine Garantien; aber man muss auch klar sagen, was man will. Ich tue das und wir tun das: Wir wollen, dass diese früher oder später erfolgreich abgeschlossen werden.*

*Eine demokratische und rechtsstaatliche Türkei als Mitglied der Europäischen Union brächte eine Reihe von wichtigen Vorteilen: So wies die Türkei in den letzten Jahren ein wirklich beeindruckendes Wirtschaftswachstum auf. Das muss man sich nur einmal im G-20-Verleich anschauen. Sie ist weiterhin mit einem Durchschnittsalter von 27,7 Jahren ein sehr junges Land. Für eine alternde Europäische Union – denken Sie nur an unsere mit durchschnittlich 44 Jahren fast doppelt so alte Republik – wäre das ein Gewinn. Und die Türkei kann eine Brücke in die islamische Welt sein, die zur friedlichen Völkerverständigung beiträgt.* (D)

*Zudem wäre ein Beitritt der Türkei eine echte Feuer-taufe für die Europäische Union als Wertegemeinschaft. Der Islam ist seit dem Mittelalter ein Teil Europas, wie etwa der Blick auf Südspanien, den Balkan oder die islamischen Einflüsse am apulischen Hof des in der deutschen Nationalgeschichte ja nun nicht gerade unbedeutenden Kaisers Friedrich II. zeigt. Dies lässt sich nicht wegdiskutieren. Vielmehr sollten wir diese Tatsache anerkennen und die Chance darin erkennen, gerade vor dem Hintergrund der aktuellen politischen Geschehnisse in Nordafrika und insbesondere Libyen. Diese zeigen doch: Europa braucht eine demokratische Türkei.*

*Die Türkei kann eine Schlüsselrolle und Vorbildfunktion für andere islamische Staaten einnehmen. Die türkische Verfassungsreform des letzten Jahres bietet dafür die besten Voraussetzungen und zeigt Schritte in die richtige Richtung, die wir selbstverständlich weiterhin unterstützen werden. Die Türkei kann sich darauf verlassen, dass wir sie auf ihrem Weg zu mehr Demokratie und Rechtsstaatlichkeit begleiten. Ich hoffe, es freut die Kollegen und Kolleginnen von Bündnis 90/Die Grünen, dass wir das auch ohne ihren Antrag tun. Immerhin behaupten Sie in Ihrem Antrag, die Bundesregierung habe die Blockade der EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei mit zu verantworten. Später in Ihrem Antrag schreiben Sie dann bereits, wir selbst hätten eine Blockadehaltung. Ganz so sicher sind Sie sich dabei offen-*

**Johannes Vogel (Lüdenscheid)**

- (A) *sichtlich nicht. Aber ich kann ihre Verwirrung auflösen, weil es nämlich so oder so schlicht nicht stimmt. Sie wollen hier etwas herbeireden, was nicht da ist. Und das wissen Sie im Grunde genommen auch selbst.*

*Mit Blick auf den EU-Beitritt der Türkei muss man jedoch feststellen, dass zurzeit weder die Türkei beitriffsähig noch die Europäische Union aufnahmefähig ist. Dabei hilft es der Türkei und auch uns überhaupt nicht, ihren Reformbedarf, so wie Sie es tun, herunterzuspielen. Die Türkei hat zuletzt nicht die „atemberaubende Entwicklung“ durchgemacht, wie Sie sie beschreiben. Der Fortschrittsbericht der Europäischen Union spricht diesbezüglich eine deutliche Sprache: Es gibt noch viel zu tun, vor allem bei den Grund- und Minderheitenrechten, insbesondere von ethnischen und religiösen Minderheiten wie beispielsweise den Griechen, den Armeniern, den Aramäern und den Aleviten, und dem Aufbruch der Blockade in der Zypern-Frage.*

*Auch die aktuellen Geschehnisse im Zuge des Ergenekon-Verfahrens sorgen zu Recht für erhebliches Aufsehen. Hier sind kritische Fragen berechtigt, und wir alle müssen diese stellen – gerade als Freunde und Partner. Gleichzeitig bietet genau dieser Prozess für die Türkei aber auch die Chance, die Unabhängigkeit der Justiz und die rechtsstaatlichen Standards der Türkei unter Beweis zu stellen. Wir müssen hier kritisch hinschauen – und dann werden wir sehen.*

- (B) *Die Türkei wäre eine große Bereicherung für die Europäische Union. Dazu muss sie weitere Fortschritte machen. Eine solche Entwicklung braucht seine Zeit. Drängeln hilft da nicht weiter. Sie müssen sich aber jedenfalls keine Sorgen machen: Die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei sind bei der Koalition in guten Händen.*

*Aus den dargelegten Gründen werden wir den Antrag der Grünen ablehnen. Denn da wo Ihr Antrag richtig ist, brauchen wir ihn nicht. Und dort, wo er falsch ist, brauchen wir ihn erst recht nicht.*

**Andrej Hunko (DIE LINKE):**

*Wir diskutieren heute den Antrag der Grünen „EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei wiederbeleben“. In der Tat ist es so, dass die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei nach dem hoffnungsvollen Beginn 2004 erlahmt sind und gegenwärtig stagnieren. Diese Erlahmung hat im Wesentlichen zwei Gründe, auf die der Antrag der Grünen nicht oder nur unzureichend eingeht.*

*Erstens wachsen innerhalb der EU rassistische und rechtspopulistische Stimmungen, die die Türkei als fremden Kulturraum betrachten, der mit Europa nichts zu tun habe. So hat die österreichische FPÖ angekündigt, eine europäische Bürgerinitiative gegen die EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei zu starten. Die Grundlage solcher Stimmungen sind nicht konkrete Demokratiedefizite oder Menschenrechtsverletzungen, die es im Zuge der Beitrittsverhandlungen zu überwinden gilt, sondern Ablehnungen gegenüber den Menschen aus der Türkei an sich. Dagegen gilt es deutlich und entschieden Flagge zu zeigen.*

(C) *Leider greifen auch konservative Parteien wie CDU und CSU diese Stimmungen auf. Ein Ausdruck davon ist, dass im Koalitionsvertrag der Bundesregierung die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei nur noch als „ergebnisoffen“ bezeichnet wurden – ein Zugeständnis an den rechten Flügel der CDU und insbesondere der CSU. Und es mehren sich die Stimmen in der Bundesregierung, die die Beitrittsverhandlungen insgesamt ablehnen und nur noch von einer „privilegierten Partnerschaft“ sprechen. So etwas wird in der Türkei sehr genau wahrgenommen und wirkt sich dort negativ auf die demokratischen Reformprozesse aus. Dies konnte ich bei der Delegationsreise des EU-Ausschusses in die Türkei sehr deutlich feststellen. Mit solchen Signalen wird nicht nur dem Beitrittsprozess zur EU ein Bärendienst erwiesen, sondern auch denjenigen in der Türkei, die an einer demokratischen Weiterentwicklung interessiert sind.*

*Zweitens gibt es parallel zu dieser Entwicklung in der EU auch besorgniserregende Entwicklungen in der Türkei selbst. Es ist überhaupt nicht hilfreich, die Lage der Menschenrechte und der Demokratie in der Türkei schönzureden und auf die „atemberaubende“ ökonomische Entwicklung zu verweisen, wie das der grüne Antrag leider tut. Ich möchte hier einige Beispiele aufführen, die ich höchst besorgniserregend finde.*

(D) *Der grüne Antrag begrüßt eine angeblich offene Debatte in der Kurdenfrage. Leider bleibt es bei dieser Debatte. Die Verweigerung elementarer Rechte und die politische Repression gegenüber dem kurdischen Bevölkerungsteil bleiben bestehen. So sitzen zahllose Funktionäre und gewählte Vertreter der legalen kurdischen Partei für Frieden und Gerechtigkeit, BDP, darunter auch viele Bürgermeister, seit nunmehr zwei Jahren in Untersuchungshaft. Ihnen wird eine Verteidigung in ihrer Muttersprache verweigert. Der Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung, Markus Löning, spricht hier von einer „Verletzung fundamentaler Rechte“. Darüber hinaus gibt es leider immer wieder Übergriffe der türkischen Sicherheitskräfte in den kurdischen Gebieten, wie es auch im EU-Fortschrittsbericht zur Türkei konstatiert wird. Das alles sollte sehr deutlich benannt und kritisiert werden.*

*Im Falle der Meinungsfreiheit gibt es leider eine zunehmende Zahl an Inhaftierungen von Journalistinnen und Journalisten sowie Schriftstellerinnen und Schriftstellern. Die Fälle Dogan Akhanli und Pinar Selek sind ja in den deutschen Medien breit kommuniziert worden. In einem anderen Fall, Nevim Berktaş, hat der EuGH die Türkei vor kurzem verurteilt. Aber es gibt sehr viel mehr Journalistinnen und Journalisten sowie Schriftstellerinnen und Schriftsteller, die inhaftiert sind. Die türkische Journalistengewerkschaft sprach zuletzt von 55. Der Präsident der Europäischen Journalisten-Föderation sprach im Januar vor der Parlamentarischen Versammlung von 120 weiteren, deren Verhaftung er befürchtet. All das ist sehr besorgniserregend und muss benannt werden.*

*Nach wie vor wird die größte religiöse Minderheit, die alevitische Gemeinde, unterdrückt. Auch hier kon-*

**Andrej Hunko**

- (A) *statiert der EU-Fortschrittsbericht zur Türkei keine Fortschritte.*

*Die Gewerkschaftsrechte in der Türkei entsprechen ebenfalls nicht demokratischen Standards. Laut EU-Fortschrittsbericht erfüllen sie nicht die Standards der ILO und der EU.*

*Zentraler Streitpunkt und gegenwärtiger Hauptgrund für die Blockade der Beitrittsverhandlungen ist aber die Zypern-Frage. Hier weigert sich die Türkei, das Ankara-Protokoll zu ratifizieren. Dieses Protokoll, das den Warenverkehr mit der Republik Zypern regelt, war ursprünglich eine Voraussetzung für die Beitrittsverhandlungen. Deswegen blockiert Zypern auch zu Recht die Eröffnung weiterer Kapitel. Dies hat auch der Deutsche Bundestag immer wieder deutlichgemacht, so etwa am 9. Mai 2007 im gemeinsamen Antrag von CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen, in dem von der Türkei erwartet wird, dass das Ankara-Protokoll „vollständig implementiert wird“.*

*Nun fordern die Grünen in ihrem Antrag die Bundesregierung auf, gleichzeitig die Forderungen aus dem alten Antrag umzusetzen und sich gegenüber den anderen Mitgliedstaaten und der Türkei dafür einzusetzen „die Blockaden aufgrund mangelnder Umsetzung des Ankara-Protokolls zu lösen“. Das widerspricht sich nicht nur, sondern stellt eine Kehrtwende um 180 Grad dar. Konkret bedeutet das, jetzt Zypern unter Druck zu setzen, obwohl der Spielball hier eindeutig bei der Türkei liegt. Ich finde das völlig kontraproduktiv.*

- (B) *Zusammenfassend möchte ich festhalten: Die Linke ist für die Fortsetzung und Wiederbelebung der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei. Diese müssen entlang klarer demokratischer und menschenrechtlicher Kriterien geführt werden, wie sie auch in den Kopenhagener Kriterien festgelegt sind. Sowohl in der EU als auch in der Türkei gibt es Kräfte, die die Beitrittsverhandlungen beenden wollen. Es ist notwendig, diejenigen in der EU und in der Türkei zu stärken, die sich für die Fortsetzung der Beitrittsverhandlungen einsetzen, auch um demokratische und rechtsstaatliche Reformen zu befördern. Die wünschenswerte Wiederbelebung des Beitrittsprozesses darf aber nicht auf dem Rücken der Republik Zypern erfolgen.*

**Claudia Roth** (Augsburg) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

*Im Antrag haben wir ausführlich und eindringlich dargelegt, warum wir angesichts der eingetretenen Stagnation in den Beitrittsverhandlungen der EU mit der Türkei und auch angesichts der dramatischen Entwicklungen in den Nachbarregionen der Europäischen Union neue außen- und europapolitische Initiativen brauchen.*

*Manche Entwicklungen in der türkischen Innenpolitik und den verlangsamten Reformprozess in der Türkei nehmen wir mit Sorge zur Kenntnis. Vor allem die aktuellen Festnahmen von renommierten Journalisten oder Schikane und juristische Verfolgung von Medienvertretern machen deutlich, wie dringend notwendig eine neue*

*Dynamik und die Intensivierung der vor zehn Jahren begonnenen Reformen in der Türkei sind. Die türkische Justiz braucht eine Generalsanierung in Sachen Rechtsstaatlichkeit, um endlich Schluss zu machen, dass jeder Verdächtige unmittelbar und quasi prophylaktisch in Haft genommen werden kann und manchmal sogar Jahre im Gefängnis verbringen muss, bevor seine Schuld rechtlich bewiesen ist. Bei solchen Fragen sind wir parteiisch – parteiisch für Menschen- und Bürgerrechte und für umfassende und vorbehaltlose Pressefreiheit. Die EU muss die Beitrittsverhandlungen ebenfalls im Namen dieser fundamentalen Rechte der Menschen in der Türkei führen. Neben Fortschritten und der Entwicklung auf vielen wirtschaftlichen, politischen und zivilgesellschaftlichen Feldern muss sie auch dazu beitragen, mit einer glaubwürdigen Beitrittsperspektive die türkische Innen- und Rechtspolitik demokratisch und rechtsstaatlich zu gestalten und zu stabilisieren.*

*Einige Regierungen der EU-Staaten, die aus innenpolitischen Gründen gegen den EU-Beitritt der Türkei waren und sind, haben es nun erreicht, dass die Beitrittsverhandlungen stagnieren. Vom bisherigen Rhythmus einer Kapitelöffnung pro Präsidentschaft wurde bereits abgewichen. Faktisch besteht die Gefahr, dass die Verhandlungen ganz zum Stillstand kommen. Das wäre ein Pyrrhussieg für Sarkozy und die Bundesregierung von Frau Merkel. Bei Sarkozy weiß man ja, dass seine Politik kaum europapolitische Ambitionen hegt. Sein Tun und Lassen steht nur im Dienste einer auf seine Wiederwahl zugeschnittenen Innenpolitik. Sich kritiklos einer solchen Politik anzuschließen, ist ein Armutzeugnis. Mit der aktuellen Türkei-Politik bricht die schwarzgelbe Regierungskoalition mit der Politik der Bundesregierungen in den letzten Jahrzehnten bis 2009.*

*Die Koalition setzt zentrale strategische wirtschafts-, außen- und sicherheitspolitische Interessen Deutschlands und der EU für innenpolitische Taktik aufs Spiel. Die Wahrheit aber ist: Zentrale Pfeiler der bestehenden wirtschaftlichen Integration gründen auf der Beitrittsperspektive und drohen bei deren Verlust zu zerfallen. Eine „privilegierte Partnerschaft“, die vor allem von Unionspolitikern immer wieder gerne – ausweichend oder ablehnend – in den Mund genommen wird, wäre ein Rückschritt gegenüber dem Status quo.*

*Selbstverständlich muss die Türkei die politischen und wirtschaftlichen Kopenhagen-Kriterien erfüllen und die daraus abzuleitenden Konsequenzen in Reformschritten umsetzen. Diese sind nicht verhandelbar. Von einem Beitrittsautomatismus kann daher keine Rede sein. Die türkische Regierung macht ja selbst deutlich, dass vor einem Beitritt weitere grundlegende Staats- und Rechtsreformen durchgeführt werden müssen.*

*Die Demokratiebewegungen in den arabischen Ländern führen uns vor Augen, welchen Stellenwert eine demokratische Türkei für die Menschen in der Region hat und welche stabilisierende Wirkung in der angrenzenden krisengeschüttelten, im Umbruch befindlichen Region von ihr ausgehen kann. Die weitere Vertiefung der demokratischen und rechtsstaatlichen Reformen in der Türkei kann ein Beispiel dafür sein, wie unsere Vorstel-*

**Claudia Roth (Augsburg)**

- (A) *lungen von Rechtsstaat und Menschenrechten mit islamisch geprägten Gesellschaften kompatibel sind.*

*Die humanitäre Katastrophe in Japan und die verheerenden Folgen von Erdbeben und Tsunami haben uns alle erschüttert. Die anschließende atomare Katastrophe sollte auch für uns in der EU und in der Türkei eine Lehre sein, angesichts der energiepolitischen Pläne der türkischen Regierung, mehrere AKW zu bauen, und angesichts der Tatsache, dass das gesamte Territorium des Landes hochgradig erdbebengefährdet ist. Einem atompolitischen Irrweg der Türkei kann am besten durch eine strategische und energiepolitische Einbindung der Türkei durch die EU begegnet werden – einer Türkei, die sich wie übrigens fast alle EU-Länder hinter einem nationalen energiepolitischen Konzept versteckt.*

*Unbestritten würde eine Türkei in der EU enorm positive Wirkungen bei den Integrationsbemühungen von Türkeistämmigen in der EU entfalten. Deshalb bitte ich Sie um Unterstützung des Antrags, um die aktuellen Blockaden bei den Beitrittsverhandlungen aufzuheben, die*

*Glaubwürdigkeit der EU zu bewahren, den Reformkräften in der Türkei den Rücken zu stärken und so für mehr Wohlstand, Stabilität und eine konsequente Einhaltung der Menschenrechte zu sorgen.* (C)

**Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**

Auch hier wird Überweisung der Vorlage auf Drucksache 17/5042 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall. Dann ist es so beschlossen.

